

Alex Demirović

Chancengleichheit und politischer Liberalismus – eine Perspektive für die Linke?

Eine Replik auf den Beitrag von Bernd Ladwig in PROKLA 143

Seit der sozialliberalen Koalition der 1970er Jahre hat es keine relevante sozialliberale Strömung mehr in Deutschland gegeben. Ein entsprechendes politisches Projekt, wie es von Liberalen wie Werner Maihofer und Walter Scheel mit den Freiburger Thesen vorgeschlagen wurde, kam unter die Räder zunächst des Modells Deutschland von Helmut Schmidt und dann der Krisenbewältigungsstrategie der neokonservativ-neoliberalen Wende von Kohl und Lambsdorff. In der philosophischen Diskussion wurde ungleichzeitig zum realen Abbau des nationalen Wohlfahrtsstaates und seinem Umbau zu einem global ausgerichteten Wettbewerbs- und Netzwerkstaat der politische Liberalismus von John Rawls aufgegriffen und dieser Entwicklung entgegengestellt – wenig erfolgreich, wie man am Schicksal des politischen Liberalismus unter der Clinton-Administration und der rot-grünen Regierung in Deutschland beobachten konnte, die beide – und von liberalen Argumenten gestützt – erheblich zur Umverteilung nach oben und zur Verarmung beitrugen. Ohne Analyse dieses Scheiterns knüpft Bernd Ladwig dennoch an diese Tradition an und empfiehlt den Sozialliberalismus als einzig übrig gebliebene Option der Linken. Zentrales Merkmal dieses Selbstverständnisses ist die Forderung nach radikaler Chancengleichheit: alle zählen als Gleiche; als Freie sind sie für ihre Lebensführung selbst verantwortlich, so dass ihnen auch die Ergebnisse ihres eigenen Entschei-

dens und Handelns zugemutet werden können. Gelten soll dies aber nur dort, wo sie ihr Handeln wirklich verantworten. Hier greift Ladwig auf klassische liberale Annahmen zurück: für askriptive Merkmale wie Geburt in eine soziale Gruppe, Geschlecht oder Rasse sind wir als Individuen nicht verantwortlich zu machen. Chancengleichheit schließt Verteilungsgerechtigkeit ein, so dass alle die gleiche Chance haben. Daraus ergeben sich drei programmatische Gesichtspunkte: Es muss das Erbrecht kritisiert werden, wenn es verhindert, dass die Startbedingungen der Individuen etwa gleich sind. Es muss zweitens von der Linken die soziale Einschränkung des Zugangs zu Bildungsmöglichkeiten bekämpft werden. Das gilt allgemein, wird aber noch dringender in der Wissensgesellschaft. Drittens wird auf Chancengleichheiten hingewiesen, die sich aus der Position in der Generationsfolge ergeben. Dies kann den Zugang zu Konsummöglichkeiten, Ressourcen, Arbeits-, Berufs- und Karrierechancen oder öffentlichen Leistungen meinen. Ladwig buchstabiert diesen Gesichtspunkt anhand des Arbeitsmarktes aus. Er kritisiert die suggestiven Versprechen der Politik, wenigstens annähernd wieder Vollbeschäftigung herbeiführen zu wollen. Doch Vollbeschäftigung hält er aus Gründen der Nachhaltigkeit nicht für wünschenswert, und politisch sei sie nicht machbar. Politik, die dieses Ziel verfolgte, würde sich erpressbar machen und sich zu immer weiterer Deregulierung genötigt sehen. Daraus resultiert die

Forderung nach einem Bürgerrecht auf einen fairen Anteil an bezahlter Arbeit. Dies könnte allerdings, bei einer entsprechenden Umverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens, dann eben doch auf eine Vollbeschäftigung hinauslaufen, so dass sich vermuten lässt, dass auch Ladwig am Ende diesem Ziel zustimmen könnte. Dagegen spricht auch nichts, denn seine Unterstellung, es sei Vollbeschäftigung, die der Nachhaltigkeit entgegenstehe, was im Umkehrschluss nahelegen würde, aus ökologischen Gründen für eine hohe Arbeitslosigkeit zu sein, ist nicht logisch und lässt den Wachstumsmodus kapitalistischer Akkumulation außer Betracht. Die Überlegungen von Ladwig zeigen, dass auch für die Linke Chancengleichheit durchaus eine Begründung für wichtige Forderungen sein kann: gleicher Zugang zu Bildung, eine Umverteilung existenzsichernder Beschäftigung und schließlich Beseitigung der Vorteile, die sich aus Erbschaften ergeben. Positiv will ich auch bewerten, dass anders als in vielen Debatten des politischen Liberalismus und der Linken die Freiheit ins Zentrum gerückt wird. Denn Ladwig stellt sich der neoliberalen Vorstellung entgegen, die gleiche Verteilung von Chancen stünde im Gegensatz zu Freiheit und Autonomie der Individuen. Freiheit der Einzelnen ist das Ziel. Die gleiche Verteilung der Chancen dient dazu, dieses Ziel auch dann zu erreichen, wenn aus Gründen, die Individuen nicht selbst zu verantworten haben, sie ihre Freiheit und Autonomie nicht verwirklichen können.

Auch wenn ich es begrüßen würde, wenn es Ladwig gelänge, mit seiner Argumentation die sozialliberale Konzeption der Chancengleichheit attraktiv zu machen und dem Neoliberalismus eine linksliberale Position entgegenzustellen, kann dies für die Linke nicht der einzige Gesichtspunkt sein. Denn dann würde sie im Liberalismus aufgehen. Soll dies vermieden werden, stellt sich die Frage, ob die Linke und gar eine sozialistische Linke durch ein solches Ziel der Chancen-

gleichheit bestimmt sein könnte oder sollte. Dies führt zu grundsätzlicheren Einwänden. Da ist zunächst einmal die immer wieder aufgeworfene Frage nach der Linken selbst. Ladwig betont zu recht, dass der Begriff „links“ relational ist und sich allein im Verhältnis zu „rechts“ näher bestimmen lässt. Aber ich will weitergehen und sagen, dass „rechts-links“ ein binärer Code ist, der unter bürgerlichen Verhältnissen aktiv politisches Handeln organisiert, bündelt und sichtbar macht. In einem solchen Fall jedoch ist die Bestimmung dessen, was links ist, performativ bestimmt auch durch diejenigen, die über die Linke sprechen. Ladwig hat daran seinen Anteil. Denn er bestimmt ja die Linke zu Recht nicht allein durch die Relation zur Rechten. So definiert er die Linke in seinen Beschreibungen. Es sei für die Linke charakteristisch, eine maximale materiale Verwirklichung der prinzipiell auch von der Rechten anerkannten Menschenrechte zu fordern. Während die Rechte über Weltzustände kausal spräche, indem sie ein Unrecht, das jemandem geschähe, kausal zurechnete, neigte die Linke zur Bewertung. So interessierte die Linke vor allem, ob wir über individuelle oder kollektive Möglichkeiten der Korrektur oder Kompensation verfügten, wenn jemand unverschuldet Schaden zugefügt würde. Mir scheint, dass diese Typisierung schief ist. Dem Anspruch nach versteht sich linke und marxistische Theorie nicht als Bewertung, sondern als Versuch, die Verhältnisse, unter denen Menschen leiden, handeln, Widerstand leisten, besser zu verstehen, um die Erfolgsaussichten verändernder Praxis zu verbessern und zu Perspektiven der Überwindung bestimmter Probleme beizutragen. Der Übergang zu gesellschaftstheoretischen Fragen ergibt sich nicht deswegen, weil die kausale Zurechenbarkeit auf die Praxis von Akteuren bestritten wird, sondern vielmehr die Kausalität erweitert wird – nicht allein durch Theorie, sondern durch die realen Bewegungen selbst. Emanzipation tendiert dazu, immer weitere Zusam-

menhänge verändernder Praxis einzubeziehen. Die Erkenntnis- und die politische Haltung folgt dem Immanenzprinzip. Alles, was geschieht, geschieht auf der Grundlage freien Handelns, nicht jedoch unter frei gewählten Verhältnissen. Auch diese sind noch Ergebnis menschlicher Praxis, sie werden von Menschen reproduziert und können deswegen auch verändert werden. Demgegenüber berufen sich Rechte immer auf transzendente Prinzipien: das Menschliche an sich und die Natur des Überlebenskampfes als solchem, die Nation oder die Rasse, die Naturgesetze der Gesellschaft oder des Marktes, den Staat oder Gott. Es sei nur daran erinnert, dass der christliche Gott in der Präambel des Grundgesetzes gewährleistet, dass das deutsche Volk sich als konstituierter Souverän überhaupt selbst erkennen kann, dass Minister sich auf Gott berufend einschwören lassen und selbst der EU-Verfassungsvertrag kurzzeitig nicht ohne die Anrufung Gottes auskommen wollte. Die Linke ist demgegenüber, wenn sie sich ausreichend durch Marx hat aufklären lassen, ultrarealistisch. Dies wurde ihr oft genug und zu Unrecht als Pessimismus ausgelegt, als objektivistisch – so dass sie jetzt nicht so nebenbei auf eine kleinkindliche Haltung der Bewertung, des Meinens und Wünschens reduziert werden sollte. Wenn Ladwig betont, dass Menschen aufgrund ihrer Freiheit auch die Ergebnisse ihres eigenen Handelns zugemutet werden könnten, dann ist das aufgrund immanenztheoretischer Erwägungen zwingend: Menschen sind immer mit den Konsequenzen ihres Handelns konfrontiert – da ist ja kein Gott, der sie ihnen ersparen könnte. Aber Menschen können sich dazu entscheiden, die Konsequenzen ihres Handelns gemeinsam und solidarisch zu tragen – in der ganz schwachen Form der Marktgesellschaft, der etwas stärkeren des Wohlfahrtsstaats oder in der aus der Ideengeschichte überlieferten stärksten Form einer Assoziation freier Individuen – oder sich gegeneinander zu wenden. Und hier scheint auch der soziale Libera-

lismus eine eher harte, individualisierende und konkurrenzfördernde Neigung zu haben, obwohl doch evident ist, dass nicht nur die allermeisten freien Handlungen soziale Handlungen sind, sondern auch ihre Folgen kollektiv besser und nachhaltiger zu bewältigen sind.

Die Verbindung der Linken zu Marx, der hier am weitesten gegangen ist, grenzt Ladwig aus. An ihn anschließende Traditionslinien werden lapidar zur Seite geschoben. Sie hätten sich diskreditiert, denn weil in ihnen die Verteidigung der menschenrechtlichen Idee fehle, hätten sie eine fatale Tradition der autoritären Linken begünstigt. Nun wird man auch dann, wenn man weiterhin die von Marx ihren Ausgang nehmende Theoriebewegung für aussichtsreich hält, nicht bestreiten, dass im Namen dieser Theorie immer wieder autoritäre Tendenzen zu beobachten waren oder sind. Allerdings ist auch zu bedenken, dass es eine umfangreiche Analyse und Kritik gerade dieser autoritären Logik in der marxistischen Tradition selbst gegeben hat und gibt. Es hat viele Richtungen gegeben, die antiautoritäre, demokratische, libertäre Formen des Sozialismus verfolgt haben. Was wäre mit solchen VertreterInnen der marxistischen Theorie wie Luxemburg, Gramsci, Neumann, Adorno, Abendroth – um nur einige wenige zu nennen? Vieles wird auch aus interessierten Gründen dem Marxismus zugerechnet: zum Beispiel die monarchisch-dynastische Herrschaftsform in Nordkorea, obwohl unschwer zu zeigen ist, dass sie wenig oder gar nichts mit Sozialismus zu tun hat. Auch im Fall der Deutschen Demokratischen Republik wäre ja zu fragen, ob nicht vieles eher der jakobinisch-republikanischen Tradition und der Idee eines antifaschistisch-bürgerlichen Deutschlands oder der Blockbildung des Kalten Krieges als dem Marxismus zuzurechnen wäre. Aber für solche Analysen ist die Zeit vielleicht noch nicht reif. Aus einem etwas anderen Blickwinkel lässt sich gegen Ladwig einwenden, dass die Erste Internationale, an deren Gründung Marx ja

maßgeblich beteiligt war, das Ziel der Verwirklichung der Menschenrechte verfolgte; viele aus der sozialistischen Bewegung sind für die Demokratie eingetreten, haben dafür Zensur, Gefängnis, Exil erlitten und wurden so häufig von den Liberalen verfolgt, die sich über lange Jahrzehnte nicht zur demokratischen Verfassung entschließen konnten, mit der Heiligen Allianz paktierten und auch heute durchaus instrumentell die Menschenrechte für sich beanspruchen, in deren Namen sie gleichzeitig Kriege um Ressourcen führen, taktisch mit demokratischen Verfassungen umgehen und sie mit den Mitteln der Geheimpolizeien, der Folter und der Korruption unterlaufen. Systematisch ist hier von Bedeutung, dass Marx in seiner Analyse der Menschenrechte zu der Einsicht gelangte, diese würden in sich die Dynamik autoritärer und totalitärer Politik bergen, wie er sie am Beispiel des Terrors der Französischen Revolutionäre analysiert und kritisiert hat: das Ziel, an den Individuen Gleichheit herzustellen, wo die sozialen Verhältnisse geändert werden müssten. Als liberale Normen garantieren sie die individuellen Rechte der Gleichheit, Freiheit, Sicherheit und des Eigentum, doch sie blenden weitgehend den Austauschprozess zwischen Lohnarbeit und Kapital aus. Die kritische Distanz gegenüber den Menschenrechten ergibt sich bei Marx also nicht aus einer Logik des Autoritären, sondern ist im Gegenteil darin begründet, dass die Menschenrechte zwiespältig sind, sie begünstigen nicht allein Freiheit, sondern können auch aufgrund innerer Dynamik in Terror umschlagen. Das Bürgertum und der Liberalismus wissen darum. Deswegen haben sie auch früh schon Abstand davon genommen, die menschenrechtlichen Normen der Freiheit und Gleichheit verwirklichen zu wollen. Diese sollen Norm und regulative Idee bleiben. Jacques Derrida hat dies in seinem Buch über Marx' Gespenster kritisch gegen Fukuyama wunderbar ironisch thematisiert. Das Bürgertum, das

sich nichts sehnlicher als ein Ende der Geschichte wünscht, das es mit der unbestrittenen Herrschaft des sich selbst verwertenden Kapitals gleichsetzt, zielt nicht auf die Herstellung der Gleichheit. Die Menschenrechte gelten als schon verwirklicht durch das bloße Ereignis der Ankunft der Normen der Gleichheit und der Freiheit. Dies scheint auch für den Sozialliberalismus Ladwigs zu gelten. Auch er betont, dass Gleichheit nur als normative Forderung zu verstehen sei, keineswegs empirisch. Das ist das Dilemma der bürgerlichen Welt: sie muss sich entweder beruhigen dabei, dass die Gleichheit nur normativ gemeint ist und deswegen viel von ihrem sozialrevolutionären Bedeutungsgehalt verloren geht, was für viele aufgrund ihrer Privilegien nicht weiter schlimm ist – oder sie will Gleichheit ernst nehmen und verwirklichen. Damit tendiert sie zu erzwungener „Gleichmacherei“ mit der Gefahr des Terrors. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, verzichten Liberale gern auf die Gleichheit und fordern nur Freiheit der Individuen. Es ist deswegen gut, dass Ladwig im Rahmen des Liberalismus für das Soziale und für die Gleichheit eintritt. Aber daraus wird noch kein Projekt für die Linke; und die innere Widersprüchlichkeit der Normen wird nicht ausgetragen, die ja selbst ein Stachel für eine weiter zu treibende Emanzipation wäre, nämlich über die Welt dieser Normen noch hinauszugehen.

Um Gleichheit muss trotz der Einsichten in ihre Beschränktheit gekämpft werden. Häufig bleibt außer Betracht, dass der kapitalistisch bestimmte Äquivalententausch eine geniale Lösung des viele Jahrhunderte diskutierten Gerechtigkeitsproblems darstellt. Denn seit Aristoteles geht es um die Frage, wann Gleichheit besteht, in welcher Hinsicht Individuen als gleich gelten und ob nicht die Gleichheit in einer Hinsicht eine Ungleichheit in anderer Hinsicht bedingt. Beim marktförmigen Tausch treten alle als Gleiche auf, niemand wird betrogen, niemand kann für sich Privilegien in An-

spruch nehmen. Der Wert der Waren wird nach dem einzigen Maß der zu ihrer Produktion durchschnittlich gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bestimmt. Das Wissen darum und um die faktisch stattfindende Enteignung des von den vielen Arbeitenden hergestellten Mehrprodukts durch wenige Kapitaleigner hat manche in der marxistischen Tradition gegenüber dem Gleichheitsbegriff ganz abgeklärt, wenn nicht zynisch sein lassen. Doch Marx selbst macht deutlich, dass Gleichheit nur im Durchschnitt gilt. Der Durchschnitt kann sich aber nur vermittelt einer Streuung und vieler kleinerer und größerer Abweichungen bilden. Es muss also notwendig zu Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten kommen, weil es nur durch diese hindurch zu Gleichheit kommt. Deswegen geht es ständig um höhere Löhne, Begrenzung der Arbeitszeiten, geringere Arbeitsintensität; auch ist ständig umkämpft, welche Arbeiten für die Reproduktion des Kapitals in Wert gesetzt werden können und in welchem Maß sie an Revenuen teilhaben.

Ladwig plädiert für Chancengleichheit. Chancengleichheit hat den Vorteil, keine substantiellen Unterstellungen hinsichtlich der Bestimmung von Gleichheit zu machen. Es geht allein um die allgemeinen Bedingungen der Möglichkeit, dass jedes Individuum seine Chancen wahrnimmt, die ihm der Markt bietet. Aber es gibt zwei substantielle Festlegungen: dass man überhaupt immerzu um Chancen kämpfen muss – und um Chancen, die der Markt zur Verfügung stellt. Das aber bedeutet die substantielle Festlegung auf eine Form der Reproduktion unter der Bedingung, dass wenige über Produktionsmittel verfügen und viele andere nur ihre Arbeitskraft besitzen. Chancen sind damit zunächst einmal ungleich verteilt. Um jene Bedingungen der Chancengleichheit radikal herzustellen, müsste die kapitalistische Akkumulation ihre historische Bindewirkung verlieren; es wäre notwendig, dass das kapitalistische System jeweils neu „hochge-

fahren“ wird: jede Generation müsste von vorn beginnen. Erbschaften müssten also vollständig konfisziert werden. Alles andere würde dazu beitragen, dass auch weiterhin Privilegienstrukturen entstehen. Doch selbst wenn es möglich wäre, etwas in dieser Art herbeizuführen – und liest man John Locke, wird man feststellen, dass der Liberalismus sich dem immer entgegengestellt hat und für das Erbe eintrat, das die jungen Männer der eigenen Klasse zwingen sollte, sich die Flausen aus dem Kopf zu schlagen und in die Fußstapfen der von den Vätern ausgeübten Herrschaft zu treten – würde sich grundsätzlich wenig ändern. In jeder Generation müsste von neuem darum gekämpft werden, wer sich durchsetzt. Erneut würde sich eine Verteilung der Arbeitskräfte herausbilden, die es den einen erlaubte, die Arbeitskraft der anderen anzueignen. Das daraus gewonnene Kapital würde erneut verwertet und akkumuliert. Das kann im Einzelfall – wie bei Bill Gates – zu gewaltigen Kapitalerträgen und zu einem Lebensstil, zu Habitusformen und sozialen Netzwerken führen, die doch Privilegien für alle Familienangehörigen schaffen und die Chancengleichheit einschränken. Um diese Verfügungsrechte am Ende dem einzelnen Kapitaleigner wegzunehmen, wäre nicht nur ein erheblicher öffentlicher moralphilosophischer Argumentationsaufwand gegen die Leistungsgerechtigkeit, sondern auch ein enormer Kraftakt des Staates notwendig, mit dem alle Ausweichmöglichkeiten der privaten Anlage wie Schwarzgeld, illegale Konten, betriebliche Rücklagen, Scheinanstellungen im eigenen Unternehmen, Immobilien unter anderem Namen, Stiftungen etc. versperrt werden. Wenn so etwas gegen alle Widerstände durchsetzbar wäre, wäre ein mögliches Ergebnis eine Gesellschaft von Kleinkapitaleigentümern. Da diese seit langem eine programmatische Utopie des Liberalismus ist, müsste Ladwig sich mit der Frage befassen, warum dieses Programm so wenig realitätsmächtig geworden ist. Selbst auch nur Versu-

che der Konzentrationsbeschränkung spielen angesichts der etwa 53.000 multinationalen Unternehmen, die weitere 400.000 Unternehmen kontrollieren, und der vielen Tausend strategischen Allianzen heute eine denkbar geringe Rolle. Ein anderes mögliches Ergebnis wäre, dass es zwar große Unternehmen gibt, aber die Eigentumstitel breiter gestreut werden und Anteile nicht mehr gehandelt und in den Besitz einzelner Anleger gelangen dürften. Wenn dies also gegen die Macht der Finanzmärkte gelingen sollte, gäbe es immer noch das Problem, dass diejenigen, die in die Spitzenfunktionen der Leitung und Kontrolle gelangen, sehr viele Möglichkeiten hätten, die Chancen vieler abhängig Arbeitenden und deren Kinder zu verschlechtern, indem sie die Zugangsbedingungen zu solchen privilegierten Positionen definieren und steuern. Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre, gäbe es weiterhin die private Produktion für den anonymen Markt mit allen Unberechenbarkeiten und mit einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die es den einen erlaubt, die Arbeit der anderen anzueignen und daraus jeweils für sich den Gewinn größerer Lebensmöglichkeiten zu ziehen: höhere Verdienste, größere Anerkennung, weil sie die Maßstäbe der Anerkennung festlegen, Bildung, Wohnen mit großen und komfortablen Wohnflächen, umfassende Freizeit- und Konsummöglichkeiten, Sicherheit der Lebenslage. Sie könnten diese Ungleichheiten und Privilegien nun für gerechtfertigt und gerecht halten, weil sie bei unterstellten gleichen Chancen auf unterschiedliche Leistung zurückzugehen scheinen. Die Gefahr von Ladwigs Argument ist, dass er am Ende Argumente der Leistungsgerechtigkeit verstärkt und solche der Chancengleichheit schwächt. Immer noch handelt es sich bei dieser Freiheit nur um die Freiheit weniger, nicht um den vollen Genuss der Freiheit, durch die die Freiheit eines jeden die Bedingung der Freiheit aller anderen ist. Die vielen leben weiter unter beschränkten Lebensverhältnissen, sie sind den

Unwägbarkeiten des Marktes ausgesetzt. Denn Gleichheit der Chancen schließt ja auch immer die Gleichheit der Risiken ein. Es handelt sich um Durchschnitte, und diese bilden sich allein dadurch, dass viele Einzelne beim Kampf um die guten Positionen verlieren müssen, weil nur so die anderen gewinnen können. Die Linke, und vor allem die Linke mit den Perspektiven des Sozialismus und der sozialen Demokratie hat deswegen andere Optionen oder sollte sie wohl haben.

Dabei handelt es sich eben zunächst um eine andere Option die Frage der Gleichheit betreffend. Die Individuen sind eben ungleich, vielfältig, differenziert. Gleichheit ist immer eine Abstraktion, der etwas von symbolischer Gewalt anhaftet. Gleichheit zu fordern ist eine Notwendigkeit unter den Bedingungen von herrschaftlicher Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum. Der Wert, der Menschen über den Markt vermittelt gleich macht, ist besser als Raub und Betrug, und doch eine irrational-theologische Größe. Weder Arbeit noch Gegenstände haben einen intrinsischen Wert. Deswegen auch ändert Marx die Perspektive und fordert ein Zusammenleben ohne Maß, ohne Maßstab, am Ende also ohne Gerechtigkeit: die Assoziierung der freien Individuen nach dem Prinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

Dies berührt die gesellschaftliche Arbeitsteilung. An ihrer gegenwärtigen Form, wie sie soziologisch als funktionale Differenzierung kanonisiert wird, will Ladwig ausdrücklich festhalten. Unmittelbarkeitskommunismus, so Ladwig, wäre mit unerträglichen Verlusten an Wohlfahrt und Freiheiten verbunden, denn nun würde jede einzelne Person herstellen, was sie zum Lebensunterhalt benötigt. Das käme über ein handwerklich-dörfliches Niveau nicht hinaus. Ob das ein Wohlfahrtsverlust oder eine Einschränkung der Freiheit darstellt, wirft Fragen nach den Kriterien auf: es könnte vielen nach allerlei Hinsichten besser ge-

hen, und auch in diesem Fall wären die Individuen mit den Folgen ihres Handelns konfrontiert. Aber selbst unterstellt, er wäre machbar, wer will schon Unmittelbarkeitskommunismus? Marx selbst hat in frühen Texten den Kommunismus als primitive Gesellschaftsform ausdrücklich abgelehnt und sich der kommunistischen Bewegung erst zuzurechnen begonnen, nachdem ihm deutlich wurde, dass es andere als bloß agrarisch-handwerkliche Formen geben könnte, nämlich solche auf dem höchsten Niveau gesellschaftlicher Kooperation. Gerade ein solches Kooperationsniveau, dessen Grundlagen in kapitalistischen Produktionsformen schon angelegt sind, wird aber immer wieder durch soziale Herrschaft und private Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums verhindert, denn Markt und Herrschaft legen

fest, welche gesellschaftlichen Arbeitsprofile es gibt, wie sie zugeschnitten und wie sie bewertet werden. Das Ziel wäre demnach eine Form der Koordination, die keinerlei überirdische Mechanismen kennt – also weder Markt noch Staat, die die Individuen nötigen, immerzu um ihre Chancen kämpfen, damit sie nicht untergehen – und in der die frei assoziierten Individuen, die vereinte Menschheit, ihre globale Produktion und Verteilung selbst bestimmen. Dies bedeutet nicht, die Rationalitätsvorteile der gesellschaftliche Arbeitsteilung aufzugeben, sondern sie noch zu steigern, indem die Tätigkeiten selbstbestimmt unter Beteiligung aller festgelegt und der Zwang zur Arbeit für den Unterhalt auf ein Minimum reduziert wird, damit die frei gewordene Zeit für vieles andere Gemeinsame und Individuelle verwendet werden kann.